

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Liebe Leserinnen und Leser,

eine weitere Sitzungswoche liegt hinter uns. Es standen wieder einmal viele wichtigen Themen auf meiner Tagesordnung. Neben meinen Ausschusssitzungen gab es auch viele Gespräche und Debatten im Plenum.



In dieser Woche befassten wir uns neben Mietpreisbremse, BaföG und der Förderung von Langzeitarbeitslosen, auch mit dem schwierigen Thema der Sterbebegleitung.

Bezahlbaren Wohnraum sichern – Die Mietpreisbremse kommt

Mehr als die Hälfte aller Deutschen wohnt zur Miete. Mit der Mietpreisbremse, die wir diese Woche im Bundestag verabschieden, hat die SPD nun einen wichtigen Erfolg für Millionen Mieterinnen und Mieter erreicht. Der Mietexplosion gerade in Ballungsräumen wird damit ein Ende gesetzt. Dort sind Mietsteigerungen von

über 30 Prozent bei Wiedervermietungen keine Seltenheit mehr. Künftig darf in diesen Regionen die Miete bei Wiedervermietung maximal 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Welche Gebiete dies konkret betrifft, wird von den Ländern festgelegt. Die Regelung gilt auch für Staffelmietverträge. Neubauten und umfangreiche Wohnungsmodernisierungen sind dagegen von der Mietpreisbremse ausgenommen, um Anreize für den Neubau von Wohnungen zu setzen. Wir entlasten Mieterinnen und Mieter auch bei den Maklerkosten. Hier gilt nun: Wer den Makler bestellt, der muss ihn auch bezahlen.



Die SPD will guten und bezahlbaren Wohnraum langfristig sichern. Barbara Hendricks hat deshalb gemeinsam mit Ländern, Kommunen und Verbänden ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ auf den Weg gebracht. Darüber hinaus haben wir die Städtebauförderung bereits in diesem Jahr auf jährlich 700 Mio. Euro aufgestockt. In Städten und Ballungszentren ist Bauland oft der entscheidende Engpass. Die Liegen-

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

schaften von Bund, Ländern und Kommunen können helfen, diesen Engpass zu beseitigen. Die SPD-Bundestagsfraktion spricht sich dafür aus, dass beim Verkauf von Grundstücken durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) nicht nur der Erlös, sondern auch soziale, städtebauliche und energetische Belange berücksichtigt werden. Wir streben zudem ein verbindliches Erstzugriffsrecht der Kommunen auf Grundlage eines transparent ermittelten und nachprüfbaren Verkehrswertes an. Für Mieter bundes-eigener Wohnungen, die zum Verkauf stehen, fordern wir einen vertraglichen Schutz vor Luxusmodernisierungen und der Umwandlung in Eigentum.

In Talente investieren – Bund übernimmt BAföG

Nach wie vor entscheidet in Deutschland die soziale Herkunft über die Bildungschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich deshalb mit Erfolg dafür eingesetzt, die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) substanziell zu verbessern. Wir wollen, dass alle jungen Menschen eine faire Chance bekommen, die eigene Bildung und Ausbildung nach eigenem Wunsch und Fähigkeit zu gestalten. Denn ihre Talente und Ideen sind unsere wertvollste Ressource. Jeden Euro, den wir in ihre Ausbildung

investieren, ist gleichzeitig gut angelegtes Geld für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.



Im Zuge der BAföG-Novelle übernimmt der Bund ab 2015 die volle Finanzierung der Geldleistungen nach dem BAföG. Damit werden die Länder um rund 1,2 Mrd. Euro jährlich entlastet und können ihrerseits zusätzliche Mittel in Hochschulen und Schulen investieren. Unterm Strich wird durch die BAföG-Novelle ab 2016 mehr Geld bei den Studierenden ankommen als bisher: Bedarfssätze und Wohn-geld werden angehoben. Durch höhere Frei-beträge und Hinzuverdienstgrenzen wird zudem sichergestellt, dass eine größere Zahl von Schülern und Studierenden einen Anspruch auf BAföG hat. Nach den großen BAföG-Reformen in den Jahren 2001 und 2008 zeigt sich erneut: Die SPD-Bundestagsfraktion bleibt auch in der Großen Koalition die treibende Kraft bei der Fortentwicklung des BAföG.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Gute Lage am Arbeitsmarkt – Langzeit- arbeitslose fördern

Seit dem Jahr 2005 steigt die Zahl der Erwerbstätigen in unserem Land kontinuierlich an. Derzeit stehen fast 43 Millionen Menschen in Lohn und Brot, davon über 30 Millionen sozialversichert beschäftigt. Die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, die wir nicht allein einer guten Konjunktur verdanken, sondern maßgeblich auch den Reformen.



Bei allen Erfolgen stellen wir jedoch fest: Derzeit profitieren diejenigen, die ein Jahr oder länger arbeitslos sind, kaum von der guten Lage am Arbeitsmarkt. Diesen Menschen wieder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben, das ist das Ziel des Maßnahmenpakets, das Andrea Nahles in der letzten Woche vorgestellt hat.

Tatsache ist: Die Ursachen dafür, warum Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für längere Zeit keine Beschäftigung finden, sind

vielfältig. Alleinerziehende, Ältere oder Geringqualifizierte sind überdurchschnittlich häufig davon betroffen. Sie brauchen jeweils passgenaue Beratung und Unterstützung, damit sie wieder erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Genau hier setzt das Maßnahmenpaket an. Weitere Informationen unter: <http://www.bmas.de/>

Bundestag debattiert sensibel über Sterbe- begleitung

Wenn ein Mensch todkrank ist, Schmerzen hat, verzweifelt ist, sollte er dann Hilfe zum Sterben bekommen?

In dieser Frage ist die Gesellschaft gespalten, geht sie doch einher mit Ängsten und Unsicherheiten. Viele sind der Meinung, Ärzten sollten unter strengen Voraussetzungen die Beihilfe zur Selbsttötung erlaubt sein.

Andere sind der Meinung, die Gesetze sollten so bestehen bleiben, wie sie sind, sonst führe das womöglich zur Freigabe einer aktiven Sterbehilfe. Die Diskussion geht auch quer durch alle Parteien und Bundestagsfraktionen.

Sehr einfühlsam hat das Parlament am Donnerstag eine Orientierungsdebatte zur Sterbehilfe geführt. Dabei wurden unterschiedliche

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Positionen deutlich, ob es neuer gesetzlicher Regelungen bedarf.



Vier Stunden lang und in mehr als 40 Redebeiträgen hat sich der Bundestag mit dem Thema Sterbehilfe in einer Debatte auseinander gesetzt.

Damit wollen die Parlamentarier eine breite gesellschaftliche Debatte über die Begleitung von Sterbenden in Gang setzen.

Ziel ist es, einen gesetzlichen Rahmen zur Sterbehilfe zu finden.

Anfang kommenden Jahres wird es dann Expertenanhörungen geben, federführend beim parlamentarischen Verfahren ist der Rechtsausschuss. Vermutlich wird es im zweiten Quartal 2015 zur 1. Lesung über einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag kommen.

Schon jetzt steht fest, dass es bei den Abstimmungen über die Regeln zur Sterbehilfe

keine Fraktionsdisziplin geben soll. Die Abgeordneten sind dann im Parlament nicht an die Position von Partei oder Fraktion gebunden, sondern entscheiden komplett frei (Gewissensentscheidung).

Zusammenfassend waren meine heute zurückliegende Berliner Tage wieder mit vielschichtigen Themengebieten verbunden, in denen sich oftmals ein einfaches „Ja“ oder „Nein“ so schnell nicht entlocken lassen. Aber eines haben alle Themen gemeinsam, sie verändern etwas in unserem Land und gestaltet dieses ein Stück in die Zukunft.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende,

Ihr

